

# Menschenrechte sind unverhandelbar!

Frank Hornschu

## Willkommens- und Anerkennungskultur – statt strukturelle Unterdrückung

*Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften gratulieren dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. recht herzlich zum 30jährigen Bestehen.*

Der Flüchtlingsrat ist in den drei Jahrzehnten zu einer der Institutionen geworden, der den zu-, eingewanderten und schutzsuchenden Menschen mit Rat und Tat zur Seite steht und zugleich deren Interessen in Politik und Öffentlichkeit vertritt. Damit ist er zu einer unverzichtbaren Einrichtung gewachsen.

Mit zahlreichen Aktivitäten und Initiativen treten die Mitarbeiter:innen des Flüchtlingsrats, die selbst häufig vor großen Herausforderungen stehen und sich selbst stets neuen Ansätze zur Problemlösung in der Beratung und Begleitung ausgesetzt fühlen, grundlegend für ein gutes Leben aller Menschen ein. Eben den Beschäftigten des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e. V. gilt unser Respekt, Dank und unsere Anerkennung, denn vieles lässt sich nicht zwischen „nine to five“ erledigen und erfordert eine extrem hohe Empathie und ein Einfühlungsvermögen gepaart mit einer enormen Belastbarkeit im Kontext der teilweise höchst unvorstellbaren Geschichten, die die Ratsuchenden erleben mussten. Für die Zukunft wünschen wir gerade den Beschäftigten ein höchst angenehmes und stabiles Umfeld, damit sie weiterhin so erfolgreich die Menschen begleiten können.

gläubigen Menschen immer mehr zu. Zum Beistand und zur Interessenvertretung dieser Menschen passte denn auch 1991 die Gründung des Flüchtlingsrats von Schleswig-Holstein. Zur Wahrung der Interessen der betroffenen Menschen findet seither eine intensive Kooperation mit anderen Menschenrechtsorganisationen, Institutionen und eben auch mit den Gewerkschaften im DGB statt.

Die kooperierenden Einrichtungen und entstandenen Netzwerke eint die unteilbare Auffassung und Haltung: Der Rassismus, Faschismus und Frauenhass, der Rechtsextremismus, Hass und die Gewalt, der Antisemitismus und die Islamaggression, die strukturelle Unterdrückung, Ausgrenzung und Diskriminierung bedrohen in aggressiver Weise unsere Demokratie und unser Zusammenleben. All dies wächst zu einer großen Gefahr für unsere Freiheit und unser friedliches Miteinander an. Eben diesen Entwicklungen treten diese Einrichtungen gemeinsam entgegen und werben zugleich mit der überwiegenden gesellschaftlichen (wenn auch manchmal zu leisen) Mehrheit, für ein solidarisches und respektvolles, für ein mitmenschliches und weltoffenes, für ein kulturell vielfältiges und wertschätzendes Miteinander; stets rufen sie gemeinsam in Erinnerung, dass die Würde des Menschen, dass die Menschenrechte nicht verhandelbar sind.

### **Zu-, Eingewanderte und Schutzsuchende brauchen eine Stimme**

Seit mehr als drei Jahrzehnten nehmen die konkreten Bedrohungen, nehmen der Hass und die Gewalt gegenüber zu-, eingewanderten, schutzsuchenden oder anders-

### **Klare Kante für Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit**

Diesem Geist und Willen fühlen sich seit jeher die Gewerkschaften verbunden. Ihre Losung lautet stets die internationale Solidarität, die Wahrung und Achtung der Menschenwürde und der Men-



schenrechte. Und da die ausübende Tätigkeit der Beschäftigten beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. ohnehin schon höchst wertvoll und auch hoch anstrengend ist, stellt sich für uns die gesellschaftspolitische Frage: Wie können die Kolleg:innen bei dieser Ausübung ihrer Tätigkeit konkret von der Allgemeinheit unterstützt werden?

Der Versuch einer Antwort könnte folgender sein: Eine humane Grundhaltung, erfordert den ganzen Menschen, um den Mantel der Gleichgültigkeit zu zerreißen (Quelle: fünftes Flugblatt, Weiße Rose). Zustände, die als Apathie, als moralische und emotionale Taubheit bezeichnet werden können, lassen die Passivität weiter abstumpfen. Müssen wir uns nicht vielmehr fragen: Wie können unsere Privilegien und ihr Leiden – von Krieg, zerstörter Lebensgrundlagen und einer mörderischen Politik – auf der gleichen Landkarte Platz finden? Die Bilder, die uns über die Medien erreichen, könnten eine Initialzündung zur Bewältigung des Leidens in der Welt sein, indem konsequent der Wohlstand der einen und die grenzenlose Armut und Verfolgung der anderen neu und sozial gerecht ausbalanciert werden.

Der Versuch einer Antwort könnte auch darin bestehen, dass es von allen Menschen als Auftrag verstanden und umgesetzt wird, sich für eine menschenfreundliche Politik in der Gegenwart einzusetzen. Der verzweifelte, allgemeine, häufig nicht konkret adressierte Appell Nie wieder!, der nach 1945 angesichts millionenfachen Mordes und eines von Krieg und Gewalt verwüsteten Europas formuliert wurde, findet im kategorischen Imperativ Nie vergessen! seine konsequente Zuspitzung. Er richtet sich an alle, an Bürger:innen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Er ist als unmissverständliche Handlungsanleitung formuliert, denn er verlangt Aktivität – nämlich hin-



zuschauen, hinzuhören, mitzufühlen, sich im Sinne des Nie wieder! einzumischen. Es geht um nichts Geringeres, als darum, die menschlichen Sinne im Sinne von Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit zu schärfen. Es geht darum, den Folgen ungleicher Verteilung von Macht und Ressourcen in Nord und Süd, von Flucht und Klimawandel, von Digitalisierung und nuklearer Bedrohung zu begegnen.

Wahrlich, es ist keine leichte Aufgabe, sich der individuellen Grenzen des Handelns bewusst zu sein. Wer hinschaut, muss mit solchen Widersprüchen umgehen, muss Komplexitäten aushalten können: Es gibt keine unbedrohte Freiheit, keine ungefährdete Demokratie, keinen unverletzlichen Rechtsstaat. Diese wertorientierten Grundlagen unseres Zusammenlebens sind immer wieder aufs Neue zu verteidigen und zu schützen – in den vielfältigen Gemeinschaften einer Gesellschaft, zusammen mit anderen, im Austausch und in Kooperation – Nie wieder weggehen! ist ein Dauerauftrag. Das würde auch die Beschäftigten beim Flüchtlingsrat in ihrer wertvollen Tätigkeit unterstützen. In Solidarität mit dem Flüchtlingsrat und seiner Mitarbeiter:innen!

### **Die europäische Flüchtlingspolitik gerecht und solidarisch gestalten**

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für ein weltoffenes und solidarisches Europa ein. Ein solches Europa muss Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen oder in ihrer Heimat wegen ihrer politischen Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit verfolgt werden, Schutz bieten. Das Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention sind für uns unantastbar. Was wir deshalb brauchen, ist ein EU-weites solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten, statt einer europäischen Flüchtlingspolitik, die zunehmend auf Abschottung setzt. Wir wollen ein Europa, das sich glaubwürdig dafür einsetzt, Fluchtursachen zu bekämpfen – kein Europa, das Flüchtlinge bekämpft!

Frank Hornschu ist Vorsitzender des DGB Kiel Region [www.kielregion.dgb.de/](http://www.kielregion.dgb.de/)